

Niederschrift

zur 4. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 28.04.2005, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

Beginn: 18.40 Uhr

Ende: 21.45 Uhr

Anwesend: Oberbürgermeister Ernst
Erster Bürgermeister Sauerzapf

Von den Stadträten: Agena, Dirk
Dr. Anselmann, Peter
Appel, Hans
Appel-Schlund, Gabriele
Balzer, Brigitte
Felden, Claudia
Frühwirt, Ralf
Gruher, Monika
Hellinger, Horst
Jäkel, Siegwald
Janscho, Anke
Jundt, Günter
Kohr, Hans-Jürgen bis 21.40 Uhr
Kraft, Hans-Georg bis 21.45 Uhr
Dr. Lohneis, Martin
Miltner, Bernhard
Mühlböck, Hans-Jürgen
Rajki, Laszlo
Reinig, Michael
Dr. Sandner, Peter
Schleicher, Ilse
Scheurig, Petra
Stather, Alfred
Stern, Wolfgang
Sterzenbach, Dieter
Unverfehrt, Dietrich
Wagner, Karl-Heinz
Woesch, Rudolf

Entschuldigt: Bader, Richard beruflich verhindert
Kalischko, Kai-Uwe beruflich verhindert
Krauth, Wolfgang Urlaub
Rückemann, Gerhard beruflich verhindert

Als Gäste:

Dr. Michael Thiele, Ulf-Dieter Pape, Ernst & Young
Wolfram Wäscher, s.a.b. und Mitarbeiter

Von der Verwaltung:

06 Stadtoberverwaltungsrat Sauerzapf
1 Stadtverwaltungsrat Börgerding
1.2 Stadtamtsrat Berggold
2 Angestellter Lange, W.-D.
3 Stadtoberverwaltungsrat Stamm
6 Angestellter Sauerzapf, M.
14 Stadtamtsrat Heinzmann

Stadtoberinspektor Ullrich
Protokollführer

TAGESORDNUNG

zur 4. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 28.04.2005, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

- | | | |
|------------|--|---------|
| 1. | Fragestunde | |
| 2. | Protokolle
Protokollbeurkundung
Bennennung von Urkundspersonen | |
| 3. | Gemeinderat
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung | 27/2005 |
| 4. | Hochwasserschutz
Schutzkonzept | 28/2005 |
| 5. | Unterbringung der Verwaltung
Anmietung Kurpfalz-Centrum | 29/2005 |
| 6. | Bäder/Sportpark
Freibad Leimen/Sportpark Restaurant und Kegelbahn | 30/2005 |
| 7. | Kapitalmarkt
Derivate | 31/2005 |
| 8. | Haushalt
Bildung von Haushaltsresten | 32/2005 |
| 9. | Haushalt
Überplanmäßige Ausgaben | 33/2005 |
| 10. | Straßenbeleuchtung
Betriebsaufwand 2004 | 34/2005 |
| 11. | Straßen
Straßenbeleuchtung | 35/2005 |
| 12. | Straßen
Widmung | 36/2005 |
| 13. | Feuerwehr
Namensgebung Saal Feuerwehrgerätehaus St. Ilgen | 37/2005 |
| 14. | Verschiedenes | |

Oberbürgermeister Ernst

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist. Von Seiten der Verwaltung werden die Tagesordnungspunkte 5 und 6 vorgezogen und nach dem Tagesordnungspunkt 3 behandelt. Er fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung.

Stadtrat Jäkel

beantragt, den Tagesordnungspunkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung öffentlich zu behandeln.

Oberbürgermeister Ernst

erklärt, dass darüber in nichtöffentlicher Sitzung gesprochen werden müsse.

1. Fragestunde

Herr Pfitzenmaier

bittet um ein Gespräch hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit im geplanten Wellnessbereich des Bades.

Oberbürgermeister Ernst

erklärt, dass das Ausschreibungsverfahren bereits seit dem letzten Sommer laufe und immer wieder auch öffentlich diskutiert wurde. Die Fa. Pfitzenmaier hätte sich hier einbringen können. Nach der europaweit durchgeführten Ausschreibung könne nun aus rechtlichen Gründen keine Neuaufnahme erfolgen. Allerdings sei für die Firma s.a.b. eine Beteiligung aufgrund des großen Erfahrungsbereichs der Firma Pfitzenmaier sicher interessant.

2. Protokolle

Protokollbeurkundung

Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Ernst

ruft das Protokoll Nr. 3 vom 23.03.2005 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Gruler und Reinig. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Appel-Schlund und Wagner benannt.

3. Gemeinderat

27/2005

Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Die bekannt gegebenen Beschlüsse der nichtöffentlichen 5. Sitzung vom 21.03.2005 und der 6. nichtöffentlichen Sitzung vom 03.03.2005 werden zur Kenntnis genommen.

6. Bäder/Sportpark

30/2005

Freibad Leimen/Sportpark Restaurant und Kegelbahn

Oberbürgermeister Ernst

erklärt, dass sich nach vielen intensiven Gesprächen nun das Betreibermodell herauskristallisiere, da etwas anderes nicht zu finanzieren sei. Es handele sich hier um eine zukunftsweisende Entscheidung von großer Bedeutung für eine ganze Generation. Man habe ein tragbares Ergebnis erreicht.

Herr Wäscher

stellt kurz sein Unternehmen und das vorgesehene Konzept vor. Er verdeutlicht, dass man niemand verdrängen, sondern auf vorhandene Ressourcen zurückgreifen wolle und eine Zusammenarbeit mit Firmen vor Ort anstrebe. Dies gelte auch für die vorgesehene Kinderbetreuung und die Gastronomie der anderen Art, die auf Produkten der Region aufbaue.

Oberbürgermeister Ernst

stellt noch einmal fest, dass das geplante Hotel finanztechnisch vom Bad getrennt ist, da die städtischen Mittel nur für letzteres gezahlt werden. Die Gebäude des DRK und DLRG bleiben bestehen. Er schildert im folgenden die rechtliche Situation und erklärt, dass insgesamt vier Verträge vorliegen, in die man die in der Sitzung vom 21.04. gewünschten Änderungen weitestmöglich eingearbeitet habe. Das Regierungspräsidium habe in seiner Stellungnahme betont, dass keine Genehmigung erforderlich sei. Man wolle die Unterschriften nach Klärung der letzten Details, auch mit dem Finanzamt, anlässlich einer Pressekonferenz leisten.

Herr Pape

verdeutlicht, dass die Vertragstexte im Rahmen des Üblichen liegen und für beide Seiten ausgewogen sind. Immerhin gehe es um eine Bindung über 30 Jahre und mehr, daher müssten beide Partner Kompromisse eingehen.

Stadtrat Wagner

erklärt, dass seine Fraktion mit Ausnahme von Stadtrat Jundt dem Abschluss zustimme und blickt noch einmal auf die Entwicklung zurück. Es gebe zum, nun vorliegenden Projekt keine vernünftige Alternative, zumal man weiterhin umfassende Angebote für alle Bevölkerungsgruppen anstrebe. Das zu zahlende Nutzungsentgelt sei einschließlich der jährlich steigenden Rate akzeptabel.

Stadtrat Reinig

teilt mit, dass seine Fraktion geteilter Meinung sei, er selbst wolle der Vorlage zustimmen. Allerdings möchte er wissen, wie weit die Stadt im Falle einer Insolvenz abgesichert sei und was dann mit dem zu zahlenden Nutzungsentgelt passiere.

Herr Pape

entgegnet, dass bei Insolvenz der Leimener s.a.b. ein Heimfallrecht zugunsten der Stadt vorgesehen sei. Das Bad werde dann städtisches Eigentum, die Raten müssten jedoch weiter an die Bank gezahlt werden.

Stadtrat Woesch

erkundigt sich nach den vorgesehenen Preisen, den Belegungszeiten für Vereins- und Schulsport sowie der Zeitschiene.

Herr Wäscher

antwortet, dass man die Preise, wie mit der Stadt besprochen, sozialverträglich gestalten werde, der Eintritt werde ca. 3,50 € betragen. Die Belegungszeiten seien von der Stadt ebenfalls vorgegeben und orientierten sich an den jetzigen Zeiten. Mit den Baumaßnahmen könne im Oktober/November 2005 begonnen werden, wobei man hauptsächlich auf Firmen vor Ort bzw. in der Region zurückgreifen wolle. Wenn alles gut laufe, könne man im Februar 2007 die Anlage eröffnen.

Stadtrat Appel

teilt mit, dass seine Fraktion nach den erfolgten Änderungen der Vorlage mehrheitlich zustimme. Man fordere schon seit Juli 2003 ein Konzept und habe in insgesamt 18 Sitzungen über dieses Thema beraten, das nun hoffentlich seinen Abschluss finden werde. Er bittet weiter darum, das Hallenbad 2005 nicht zu schließen.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass eine Schließung nicht zu umgehen sein werde, die Verwaltung werde sich aber bemühen, Ersatzzeiten zu beschaffen. Schließlich hätte das Hallenbad, wenn es die Stadt selbst renovieren könnte, ebenfalls während der Bauarbeiten geschlossen werden müssen. Die obligatorische Schließung im Jahre 2005 (Reinigung/technische Wartung) werde nicht erfolgen.

Stadträtin Felden

erklärt, dass ihre Fraktion in der Vergangenheit immer zu einer schnellen Lösung gedrängt habe. Allerdings sei sie immer für eine Zug-um-Zug-Sanierung je nach finanzieller Möglichkeit der Stadt eingetreten. Auch scheine der von ihr geforderte problemlose Wechsel zwischen Hallen- und Freibad nicht umgesetzt zu werden. Problematisch sei auch das Fehlen einer schriftlichen Vereinbarung hinsichtlich der Eintrittspreise. Sie sei mit ihrer Familie nach Lingenau gefahren, um sich vor Ort von der dortigen Anlage zu überzeugen. Für eine zweistündige Nutzung seien dort 16 € verlangt worden, dies könne man nicht als sozialverträglich bezeichnen. Auch hinsichtlich einer Insolvenz habe sie große Bedenken. Vor allem wegen der hohen Eintrittspreise werde sie sich der Stimme enthalten.

Herr Wäscher

verweist darauf, dass man mit Lingenau im Gegensatz zu Leimen keine sozialverträglichen Eintrittspreise vereinbart habe und sich deshalb die Verträge auch von denen in Leimen unterscheiden.

Oberbürgermeister Ernst

macht noch einmal deutlich, dass man in den letzten Jahren immer wieder über die geforderte Zug-um-Zug-Sanierung gesprochen habe. Diese habe sich aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten als nicht umsetzbar herausgestellt, was auch

immer wieder erklärt worden sei. Wäre eine solche Lösung möglich gewesen, hätte man sie umgesetzt. Hinsichtlich der Preise gibt er zu bedenken, dass mittlerweile selbst in den Baggerseen der Umgebung ein Preis von 2-3 € normal sei. Die Zeiten, in denen man für eine Mark den ganzen Tag baden konnte, seien lange vorbei.

Stadtrat Woesch

bezeichnet die heutige Entscheidung als sehr wichtige Jahrhundertentscheidung, die man sich nicht leicht gemacht und kontrovers diskutiert habe. Der jährliche Zuschuss steige erheblich, aber dies sei das Opfer, das die Stadt zu bringen habe. Seine Fraktion werde zustimmen, da die Vorteile letztendlich überwiegen. Das vorgelegte Konzept habe ihn überzeugt, zumal es auch Arbeitsplätze schaffe.

Stadtrat Frühwirt

möchte wissen, ob im Falle einer Insolvenz mehr als der vereinbarte Zuschuss zu zahlen ist.

Herr Pape

verneint dies.

Stadtrat Jundt

gibt eine Erklärung zur allgemeinen Haushaltsituation von Bund, Ländern und Gemeinden ab. Das Frei- und das Hallenbad seien seit langem schlecht geführt worden, nun wolle man weitere Schulden für ein Life-Style-Bad eingehen, obwohl die Stadt keinerlei Rücklagen habe. Das Regierungspräsidium habe in den vergangenen Jahren immer wieder eine Sanierung des Haushalts angemahnt, nun vereinbare man ein jährliches Nutzungsentgelt von 420.000 € und sehe gleichzeitig noch eine jährliche Steigerung von 2,5% vor. In 30 Jahren belaufe sich diese Summe dann auf 900.000 €. Vor dem Hintergrund weiterer zu befürchtender Einnahmeausfälle werde der städtische Haushalt dadurch dauerhaft in die Verschuldung geführt. Er lehne die Vorlage daher ab.

Stadtrat Jäkel

gibt folgende Erklärung ab:

„Die Sanierung des Frei- und Hallenbades kostet mehr als 10 Millionen Euro. Würde die Stadt Leimen dieses Projekt alleine planen, würde es auf Grund der schlechten Finanzlage der Stadt vom Regierungspräsidium nicht genehmigt werden.

Jetzt ist ein Investor bereit, die Sanierung durchzuführen. Sehen wir uns die finanziellen Risiken an, die Investor und Stadt eingehen, so stellen wir fest, dass das Risiko fast ausschließlich bei der Stadt liegt. Der Investor gründet für dieses Projekt eine GmbH und sagt zu, dass er 300.000 Euro Eigenkapital an diese GmbH zahlt und sie über die gesamte Laufzeit von 30 Jahren in der GmbH belässt. Die Stadt zahlt einen jährlichen Zuschuss an die GmbH. Dieser Zuschuss beträgt im ersten Jahr die von der Stadtverwaltung in der Ausschreibung festgelegten 420.000 Euro. Da dieser Betrag jedoch nicht ausreichend ist, wurde vereinbart, dass sich dieser Betrag jährlich um 2,5 Prozent erhöht. Damit beläuft sich der Zuschuss im letzten Jahr auf knapp 860.000 Euro und der Gesamtzuschuss in den 30 Jahren auf über 18 Millionen Euro. Dieser Zuschuss muss auch dann gezahlt werden, wenn der Investor das Bad wieder schließt. Falls das Bad nach wenigen Jahren wieder geschlossen wird, weil es unrentabel ist, hat der Investor 300.000 Euro verloren, die Stadt muss aber 18 Millionen Euro zahlen, auch wenn das Bad nur wenige Jahre geöffnet war.

Scheinbar übernimmt der Investor das finanzielle Risiko, durch den Zuschuss wird er aber so gut wie komplett auf die Stadt abgewälzt. Umgekehrt ist es mit eventuellen Gewinnen. Hier kassiert der Investor 90 Prozent, die Stadt bekommt 10 Prozent.

Für das erste Jahr wurde ein Zuschuss von 420.000 Euro vereinbart. Da dieser jedoch nicht ausreichend ist, hat man durch eine extrem hohe Steigerung des Zuschusses den Großteil der Kosten in die Zukunft verlegt. In den letzten fünf Jahren betrug die Inflationsrate in Deutschland im Durchschnitt 1,3 Prozent. Bei gleichbleibender Inflationsrate steigt der inflationsbereinigte Zuschuss also ganz kräftig. Ich gehe nicht davon aus, dass der Haushalt der Stadt jährlich um 1,3 Prozent steigt. Vielmehr kann man davon ausgehen, dass der Haushalt nominell in etwa gleich bleiben wird. Wenn dem so ist, dann muss für das Schwimmbad im letzten Jahr der Laufzeit ein Anteil am städtischen Haushalt gezahlt werden, der mehr als doppelt so hoch ist wie heute. Und das unabhängig davon, ob zu diesem Zeitpunkt das Bad überhaupt noch in Betrieb ist. Dieser Vertrag steht unter dem Motto: „Heute sanieren wir unser Schwimmbad, die Rechnung bezahlen später unsere Kinder.“

Wir können es uns nicht leisten, das Schwimmbad auf eigene Rechnung zu sanieren. Die Idee, diese Kosten auf einen Investor abzuwälzen klingt verlockend. Leider entspricht das jedoch nicht den Realitäten. Wenn die Verträge, so wie sie uns jetzt vorliegen, abgeschlossen werden, werden die Kosten bei der Stadt bleiben: Ein ganzer Batzen heute und ein Riesenbatzen in den nächsten beiden Jahrzehnten. Das können wir unseren Nachfolgern nicht zumuten. Ich werde deshalb den Verträgen nicht zustimmen.“

Oberbürgermeister Ernst

entgegnet, dass ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen Gewinn machen müsse. Das Vorhaben sei finanzierbar und im Interesse aller.

Stadträtin Scheurig

schließt sich der ablehnenden Haltung Stadtrat Jäkels an und begrüßt die kritischen Stimmen, da auch sie den schlimmsten Fall befürchte. Die Risiken seien ungleich verteilt und brächten die Stadt in eine Abhängigkeit, obgleich sie nicht recht behalten wolle.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

stellt die vorgebrachten Zahlenangaben noch einmal klar. Eine Kreditaufnahme von 10 Mio. € ergibt bei einem Zinssatz von 6% auch eine Belastung von letztendlich 18 Mio., zu der dann aber auch noch das Betriebskostendefizit hinzugezählt werden müsse. Bei dem vorgelegten Konzept gehe es nur um die reinen Finanzierungskosten, einem Heimfall stehe der wirtschaftliche Wert des Bades gegenüber. Es handle sich hier um ein tragfähiges Konzept. Der Gemeinderat wolle für die Stadt ein neues Freibad, nun liege die für die Stadt unter den gegebenen Umständen günstigste Lösung vor.

Stadtrat Dr. Sandner

sieht aus seiner Sicht keine andere Alternative, nur das Konzept s.a.b. sei realisierbar. Für ihn bestehe nur das Risiko, die jährlich fälligen Raten nicht tragen zu können, im allgemeinen seien die Risiken gerecht verteilt.

Stadtrat Frühwirt

ist der Auffassung, dass die Gestaltungsmöglichkeit der Stadt relativ gering ist und es durchaus Alternativen gegeben hätte. Man hätte durchaus auf bürgerschaftliches Engagement setzen können. Das Konzept sei sehr ansprechend und durchaus empfehlenswert, die Stadt könne es sich aus seiner Sicht jedoch nicht leisten, er könne daher nicht zustimmen.

Stadtrat Hellinger

möchte wissen, ob die Becken wettkampftauglich sind.

Herr Wäscher

bestätigt dies, die Aquafit-Geräte seien mobil und könnten problemlos herausgenommen werden, im Außenbereich sei eine einschiebbare Wand zur Absperrung vorgesehen.

Mit 5 Nein-Stimmen (Stadträte Jundt, Frühwirt, Scheurig, Jäkel und Agena) und 2 Enthaltungen (Stadträtinnen Felden und Janscho) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Bäder/Sportpark)

1. Dem Abschluss der als Anlage beigefügten und nachstehend angeführten Verträge wird grundsätzlich zugestimmt.
 - Erbbaurechtsvertrag
 - Nutzungsentgeltvertrag
 - Nutzungsvertrag
 - Personalgestellungsvertrag
2. Der vorgelegten konzeptionellen Planung wird zugestimmt.
3. Den geplanten Abgrenzungen des Erbbaurechtsgrundstücks und der ergänzenden Pachtgrundstücke (für einen symbolischen Pachtpreis) wird zugestimmt.
4. Der Errichtung eines Hotels auf dem Gelände des Frei- und Hallenbades, auf der Basis eines eigenständigen Erbbaurechtsvertrages, wird grundsätzlich zugestimmt.
5. Der Erbbauzins für das Hotelgrundstück ist auf der Basis eines Bodenwertes von 230,- €/qm x 5% zu berechnen.
6. Die Fläche für das Hotel ist herauszumessen, ein eigenständiges Grundstück ist zu bilden.

5. Unterbringung der Verwaltung
Anmietung Kurpfalz-Centrum

29/2005

Erster Bürgermeister Sauerzapf

erläutert die Vorlage. Es liege nun das Konzept der Verwaltung für die künftige Unterbringung vor, nachdem es auch Kompromissangebote von Seiten des Vermieters gegeben habe. Es handle sich nun um ein vertretbares Ergebnis, das Sicherheit für die nächsten zehn Jahre biete.

Stadtrat Reinig

sieht nun bei dem lange diskutierten Thema ein stimmiges Konzept mit einem Vermieter und einem Mietzeitraum. Allerdings sei die Zahlung des sog. „Überbrückungsgeldes“ eine schwere Belastung, so dass sich die Frage einer Untervermietungsmöglichkeit stelle. Hier solle man nach einer Lösung suchen, dies gelte auch für das Anwesen Rathausstr. 1, für das nun eine neue Verwendung gefunden werden müsse. Er werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Woesch

erkennt in der Vorlage ein schlüssiges Konzept und eine langfristige Lösung, über die er sehr erfreut ist, da sie eine Verbesserung darstelle. Er warnt aber davor, sich nun mit dem Erreichten zufrieden zu geben. Man müsse rechtzeitig beginnen, nach einer endgültigen Lösung zu suchen. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtrat Appel

zeigt sich zufrieden, dass endlich aussagekräftige Unterlagen vorhanden seien. Beide Seiten hätten sich bewegt und man sehe nun eine Konzentrierung der Verwaltung, was eine große Verbesserung darstelle, die zudem auch für die Stadt günstiger sei. Man stimme daher der Vorlage zu. Die von Stadtrat Reinig angeregte Untervermietung solle geprüft werden, ebenso solle man die Räume des Grundbuchamtes als Reservefläche betrachten.

Stadtrat Dr. Sandner

hofft, dass mit der heutigen Entscheidung wieder Ruhe einkehrt und die Verwaltung in den nächsten zehn Jahren wieder konzentriert arbeiten kann. Das Konzept sei schlüssig und sachgerecht, daher werde man ihm zustimmen. Allerdings müsse man auch weiterhin über die Unterbringung der Stadtbibliothek reden und auch für das Anwesen Rathausstr. 1 eine vernünftige Verwendung finden.

Stadträtin Felden

begrüßt die erreichte Kostenreduzierung, obwohl es nach wie vor Unwägbarkeiten gebe. Man werde der Vorlage zustimmen, verhehle aber nicht, dass man eine eigenes Rathaus bevorzugen würde.

Stadträtin Gruler

spricht sich dafür aus, langfristig zu denken und grundsätzlich einmal festzulegen, was man überhaupt wolle. Sollte das Anwesen Rathausstr. 1 aufgegeben werden, verzichte man damit endgültig auf einen Standort für ein neues Rathaus. Man solle daher die gewonnene Zeit nutzen, um Planungen für ein eigenes Rathaus zu erstellen. Sie selbst werde sich der Stimme enthalten, da auch das 3. Obergeschoss angemietet werden solle und einige der genannten Punkte nicht konkret genug seien.

Mit 2 Enthaltungen (Stadträtinnen Gruler und Janscho) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Unterbringung der Verwaltung)

1. Dem Unterbringungsvorschlag der Verwaltung wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Kurpfalz-Centrum ab 2006 zu den von der Vermieterseite genannten Bedingungen anzumieten.

3. Die Verträge für den hinteren Teil des KCL sind umgehend zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

4. Hochwasserschutz
Schutzkonzept

28/2005

Erster Bürgermeister Sauerzapf

bezeichnet den Hochwasserschutz als Solidaraufgabe aller beteiligten Gemeinden und zeigt anhand von Folien der Lage der Becken auf Leimener Gebiet. Derzeit gehe es um die Planungen, die Realisierung hänge von der Bewilligung der Mittel ab.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Hochwasserschutz)

1. Der Gemeinderat beschließt das Hochwasserschutzkonzept des Abwasser- und Hochwasserverbandes für den Oberlauf von Leimbach und den Gauangelbach sowie den Bau der erforderlichen Hochwasserrückhaltebecken.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Folgejahren eingeplant und zur Verfügung gestellt.

7. Kapitalmarkt
Derivate

31/2005

Erster Bürgermeister Sauerzapf

teilt mit, dass man den Kapitalmarkt genau geprüft habe und eine Ermächtigung benötige, um schnell reagieren zu können. Damit seien durchaus Einsparungsmöglichkeiten gegeben. Es gehe ausdrücklich nicht um die Aufnahme neuer Kredite, sondern nur um neue, bessere Konditionen für bereits vorhandene.

Stadtrat Unverfehrt

ist grundsätzlich einverstanden, allerdings müsse der Kapitalmarkt hierzu genau beobachtet werden.

Stadträtin Felden

warnet vor Derivaten, die ein sehr komplexes Thema darstellten. Niemand könne die Zinsentwicklung vorhersagen, es sei besser, die Verschuldung insgesamt zu reduzieren.

Mit 6 Nein-Stimmen (Stadträte Jundt, Felden, Stather, Janscho, Dr. Lohneis und Stern) und 7 Enthaltungen (Stadträte Kraft, Jäkel, Schleicher, Sterzenbach, Woesch, Mühlböck und Gruler) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Kapitalmarkt)

1. Die Umfrageergebnisse werden zur Kenntnis genommen.

2. Der Oberbürgermeister bzw. sein Stellvertreter werden ermächtigt, entsprechende Verträge zur Anbahnung und zum Abschluss der vorgestellten Derivate im Rahmen dessen, was kommunalrechtlich zulässig ist und unter Vermeidung von sogenannten Spekulations-Geschäften einzugehen. Dies beinhaltet auch die einfachen Zinssteuerungsinstrumente wie Swap (Umwandlung in ein variables Darlehen) oder Cap (Festsetzung einer Zinsobergrenze bei variablen Darlehen).
3. Der Gemeinderat ist von diesen Entscheidungen zu unterrichten.

8. Haushalt 32/2005
 Bildung von Haushaltsresten

Stadtrat Frühwirt
 spricht sich dafür aus, die als Planungskosten für einen Rathausneubau eingestellten Mittel von 200.000 € für die Park & Ride-Verbesserung auszugeben.

Stadtrat Wagner
 hält eine Sanierung des historischen Rathauses für durchaus sinnvoll.

Mit 3 Nein-Stimmen (Stadträte Frühwirt, Scheurig und Jäkel) und 2 Enthaltungen (Stadträte Agena und Reinig) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Haushalt)

Der Bildung von HH-Ausgaberesten 2004 in Höhe von **2.428.000 €** für Baumassnahmen u.a. wird zugestimmt.

9. Haushalt 33/2005
 Überplanmäßige Ausgaben

Erster Bürgermeister Sauerzapf
 erklärt, dass es im Energiebereich teilweise erhebliche Überschreitungen gegeben habe, die man jedoch decken könne.

Stadtrat Frühwirt
 erkundigt sich nach dem Sachstand des Contracting-Verfahrens.

Oberbürgermeister Ernst
 erwidert, dass man derzeit noch Gespräche führe, die Situation aber schwierig sei.

Stadtrat Wagner
 ist der Auffassung, dass die vorgelegten Zahlen wenig aussagekräftig seien und bittet um eine Aufstellung der einzelnen Posten.

Erster Bürgermeister Sauerzapf
 antwortet, dass diese Aufstellung zusammen mit dem Protokoll der Sitzung verschickt wird.

Mit 1 Nein-Stimme (Stadtrat Jäkel) und 1 Enthaltung (Stadtrat Unverfehrt) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Haushalt)

Der Deckung überplanmäßiger Ausgaben in Höhe von 140.405,16 Euro im Bereich 5400 bis 5407 (5400 = Bewirtschaftungskosten/ 5401 = Heizkosten/ 5402 = Reinigungskosten/ 5403 = Stromkosten/ 5404 = Versicherungen/ 5406 = Wasser/Abwasser/ 5407 = Bewirtschaftungskosten Städt. Wohnbau) über Gewerbesteuerermehreinnahmen wird zugestimmt.

Das Gremium stimmt der Deckung der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 1.6101.578000.6 (Planungs- und Vermessungsaufwand) in Höhe von 24.840,-- Euro über die Haushaltsstelle 1.6140.577000.1 (Umlegungsaufwand) zu.

10. Straßenbeleuchtung 34/2005
Betriebsaufwand 2004

Mit 1 Nein-Stimme (Stadtrat Jäkel) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Straßenbeleuchtung)

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 1.6710.577000.8 (Betriebsaufwand Straßenbeleuchtung) in Höhe von 43.690,73 € wird zugestimmt. Die Deckung des Betrages erfolgt über die Haushaltsstelle Gewerbesteuerermehreinnahmen.

11. Straßen 35/2005
Straßenbeleuchtung

Mit 1 Nein-Stimme (Stadtrat Jäkel) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Straßen)

1. Vom Sachstand wird Kenntnis genommen.
2. Der langfristigen Zielsetzung wird zugestimmt.
3. Es werden Leuchten des Modells „Industria, Typ ARC“ verwendet.

12. Straßen
Widmung

36/2005

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Straßen)

1. Der in der Anlage als „Quittenpfad“ gekennzeichnete Weg wird dem öffentlichen Verkehr als beschränkt öffentlicher Weg nach § 3 (2) 4 StrGBW gewidmet.
2. Der Benennung der beiden in der Anlage gekennzeichneten Wege in „Birnenallee“ und „Quittenpfad“ wird zugestimmt.

13. Feuerwehr
Namensgebung Saal Feuerwehrgerätehaus St. Ilgen

37/2005

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Feuerwehr)

Der Benennung des Saales im Feuerwehrgerätehaus St. Ilgen in „Klaus-Klenk-Saal“ wird zugestimmt.

14. Verschiedenes

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Ernst um 21.45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ullrich
Protokollführer

Ernst
Oberbürgermeister

Stadträtin Appel-Schlund

Stadtrat Wagner